Kleine Anfrage

des Abg. Daniel Born SPD

und

Antwort

des Ministeriums der Justiz und für Migration

Abschiebung einer alleinerziehenden Mutter und ihrer drei Kinder aus Eppelheim

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche konkreten Gründe (z. B. Fluchtgefahr) liegen vor, die dazu geführt haben, dass eine Familie mit drei kleinen Kindern aus Eppelheim um 2:30 Uhr in der Nacht von der Polizei zur Abschiebung abgeholt wurde?
2. Welche Möglichkeiten wurden im Vorfeld der genannten Abschiebung einer vierköpfigen Familie geprüft, um eine Abschiebung am Tag zu ermöglichen?
3. Welche Leitlinien der Landesregierung gelten aktuell für die Abschiebung von Familien mit Kindern?
4. Inwiefern ist die Vereinbarung aus dem grün-schwarzen Koalitionsvertrag „Wir werden Leitlinien für die Rückkehr- und Abschiebep Praxis in Baden-Württemberg etablieren, um eine rechtsstaatliche, faire und humanitär verantwortliche Rückkehr- und Abschiebep Praxis zu gewährleisten“ bereits umgesetzt und wenn noch keine Umsetzung erfolgte, welche Unterschiede gibt es zwischen den aktuell geltenden und den im Koalitionsvertrag vereinbarten Leitlinien?
5. Wie ist die im Koalitionsvertrag festgelegte Vereinbarung (siehe Frage 4) mit der Abschiebung einer alleinerziehenden Mutter mit drei Kindern mitten in der Nacht vereinbar?
6. Erachtet sie die genannte Abschiebung und die Voraussetzungen, unter denen die Abschiebung stattfand, als humanitär?
7. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, damit es in Zukunft nicht mehr zu Abschiebungen von Familien mit Kindern mitten in der Nacht kommt?

8. Welche Möglichkeit hat sie geprüft, um einer alleinerziehenden Mutter mit drei Kindern, die seit drei Jahren in Deutschland lebt und als gut integriert gilt, eine Bleibeperspektive in Deutschland zu ermöglichen?
9. Hat es tatsächlich keine anderen Möglichkeiten für ein Bleiberecht der Familie in Deutschland gegeben, sodass eine Abschiebung einer Familie mit kleinen Kindern in ein polnisches Flüchtlingscamp zwingend erforderlich war, auch vor dem Hintergrund, dass im grün-schwarzen Koalitionsvertrag geregelt ist, dass in humanitären Einzelfällen alle rechtstaatlichen Instrumente ausgeschöpft werden und zwar insbesondere bei Familien?

9.12.2021

Born SPD

Begründung

Die Abschiebung einer alleinerziehenden Mutter und ihrer drei Kinder aus Eppelheim um 2:30 Uhr in der Nacht wirft Fragen auf. Insbesondere vor dem Hintergrund der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag und den Ankündigungen einer humanitären Asylpolitik. Im Koalitionsvertrag ist explizit geregelt, dass es eine humanitäre Abschiebep Praxis geben soll. Außerdem ist festgelegt, dass in humanitären Einzelfällen alle rechtstaatlichen Instrumente ausgeschöpft werden. Dies betrifft beispielsweise Familien, alleinreisende Kinder und Jugendliche sowie alte und kranke Personen, die aus dem Raster des Aufenthalts- und Asylgesetzes fallen. Es ist von Interesse, welche zwingenden Gründe dafür vorliegen, eine alleinerziehende, traumatisierte Mutter mit drei Kindern, die seit drei Jahren in Deutschland lebt, mitten im Winter in ein Flüchtlingscamp nach Polen abzuschicken und das auch noch mitten in der Nacht.

Antwort

Mit Schreiben vom 12. Januar 2022 beantwortet das Ministerium der Justiz und für Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Welche konkreten Gründe (z. B. Fluchtgefahr) liegen vor, die dazu geführt haben, dass eine Familie mit drei kleinen Kindern aus Eppelheim um 2:30 Uhr in der Nacht von der Polizei zur Abschiebung abgeholt wurde?*

Zu 1.:

Bei der Rückführung der Familie handelte es sich um eine Überstellung im Rahmen des sogenannten Dublin-Verfahrens in den EU-Mitgliedstaat Polen. Für Überstellungen nach dem Dublin-Verfahren ist alleine das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zuständig. Das Regierungspräsidium Karlsruhe wird beim Vollzug der Überstellung nur in Amtshilfe für das BAMF tätig. Vom BAMF bzw. vom Zielstaat (hier: Polen) war vorgegeben, dass die Überstellung am Grenzübergang im Zeitraum von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr stattfinden muss. Mit der Grenzschutzstelle der Bundespolizei war deshalb abgesprochen, dass die Familie um 13.00 Uhr von den Zuführkräften der Landespolizei an die Bundespolizei in Görlitz übergeben wird, damit eine fristgerechte Übergabe an den Mitgliedstaat erfolgen konnte. Somit wurde für die Überstellung bereits der spätestmögliche Zeitpunkt gewählt. Aus dem Routenplaner ergibt sich eine Strecke von mindestens 626 km sowie im kürzesten Fall eine Fahrzeit von mindestens 6 Stunden 20 Minuten vom Abholort in Eppelheim bis zum Zielpunkt in Görlitz. Die polizeilicherseits einzuplanende Vorlaufzeit musste dabei naturgemäß auch Umstände wie Verkehrslagen und regelmäßige Pausen aller Reisenden während der Fahrt berücksichtigen. Zudem ist für Überstellungen in Pandemiezeiten zusätzlich ein

Zeitpuffer für erforderliche COVID-19-Testungen einzuplanen sowie ausreichend Zeit zum Packen für eine Familie mit Kindern. Erfahrungsgemäß wird bei Familien mit mehreren kleinen Kindern, die nur gemeinsam überstellt werden dürfen, ein größeres Zeitfenster benötigt. Damit eine rechtzeitige Überstellung an der Grenzschutzstelle in Görlitz erfolgen konnte, war es deshalb nicht zu vermeiden, dass eine Abholung der Familie in der Nacht erfolgte. Hierbei wurde erkannt, dass die Abholung in der Nachtzeit eine Belastung für die Familie darstellt. Gemäß § 58 Absatz 4 Satz 2 AufenthG hat jedoch die die Abschiebung durchführende Behörde das Festhalten der betroffenen Personen auf das zur Abschiebung unvermeidliche Maß zu beschränken. Aufgrund der dargestellten verfahrensbedingt erforderlichen Vorlaufzeiten der Überstellung musste die Abholung daher in der Nacht erfolgen.

2. Welche Möglichkeiten wurden im Vorfeld der genannten Abschiebung einer vierköpfigen Familie geprüft, um eine Abschiebung am Tag zu ermöglichen?

Zu 2.:

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen. Die Vorgaben des BAMF sind für die Landesbehörden bindend.

3. Welche Leitlinien der Landesregierung gelten aktuell für die Abschiebung von Familien mit Kindern?

Zu 3.:

Nach Ziffer 3.4.4.2 und 3.4.4.3. der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums zur Durchführung des Asylverfahrensgesetzes und zur Beendigung des Aufenthalts abgelehnter Asylbewerber und sonstiger ausreisepflichtiger Ausländer durch die Landesbehörden (VwV Asyl/Rückführung) sollen Abschiebungen so durchgeführt werden, dass die rückzuführenden Personen nicht mehr belastet werden, als dies zur Durchführung der Maßnahme unbedingt erforderlich ist. Auf die persönlichen Belange der rückzuführenden Personen ist deshalb Rücksicht zu nehmen, soweit dadurch die Abschiebung nicht gefährdet oder wesentlich erschwert wird. Bei Familien mit minderjährigen Kindern ist die Situation der Kinder besonders zu berücksichtigen. Ein Beginn der Abschiebung zur Nachtzeit (vgl. § 9 Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz) kommt nur in Betracht, soweit dies im Hinblick auf den Abflugtermin oder Überstellungstermin aus Zeitgründen erforderlich ist. Bei der Zeitplanung sind die persönlichen Belange der rückzuführenden Personen sowie verfahrensbedingt erforderlichen Vorlaufzeiten zu berücksichtigen. Diesen Vorgaben wurde Rechnung getragen (siehe Antwort zu Frage 1).

Für Abschiebungen gelten grundsätzlich darüber hinaus die „Leitlinien des Innenministeriums Baden-Württemberg für die Rückkehr- und Abschiebepaxis im Land“. Diese gelten allerdings nicht für Dublin-Überstellungen, da hierfür die Zuständigkeit beim BAMF liegt.

4. Inwiefern ist die Vereinbarung aus dem grün-schwarzen Koalitionsvertrag „Wir werden Leitlinien für die Rückkehr- und Abschiebepaxis in Baden-Württemberg etablieren, um eine rechtsstaatliche, faire und humanitär verantwortliche Rückkehr- und Abschiebepaxis zu gewährleisten“ bereits umgesetzt und wenn noch keine Umsetzung erfolgte, welche Unterschiede gibt es zwischen den aktuell geltenden und den im Koalitionsvertrag vereinbarten Leitlinien?

Zu 4.:

Die Leitlinien für die Rückkehr- und Abschiebepaxis in Baden-Württemberg werden derzeit durch das Ministerium der Justiz und für Migration überprüft und müssen in der Folge auf unterschiedlichen Ebenen abgestimmt werden. Eine Aussage darüber, welche Unterschiede es zwischen den aktuell geltenden und den künftigen Leitlinien geben wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

5. *Wie ist die im Koalitionsvertrag festgelegte Vereinbarung (siehe Frage 4) mit der Abschiebung einer alleinerziehenden Mutter mit drei Kindern mitten in der Nacht vereinbar?*
6. *Erachtet sie die genannte Abschiebung und die Voraussetzungen, unter denen die Abschiebung stattfand, als humanitär?*
7. *Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, damit es in Zukunft nicht mehr zu Abschiebungen von Familien mit Kindern mitten in der Nacht kommt?*

Zu 5. bis 7.:

Das zuständige Regierungspräsidium achtet selbstverständlich auf die Einhaltung einer rechtsstaatlichen, fairen und humanitär verantwortlichen Rückkehr- und Abschiebepaxis. Im Rahmen von Dublin-Überstellungen, die in die Zuständigkeit des BAMF fallen, wird das Regierungspräsidium Karlsruhe jedoch beim Vollzug der Überstellung nur in Amtshilfe für das BAMF tätig. Soweit dies möglich ist, werden hierbei alle Maßnahmen ergriffen, damit die Belange der abzuschiedenden Personen berücksichtigt werden und es soweit möglich zu keinen Abschiebungen von Familien mit Kindern in der Nachtzeit kommt.

8. *Welche Möglichkeit hat sie geprüft, um einer alleinerziehenden Mutter mit drei Kindern, die seit drei Jahren in Deutschland lebt und als gut integriert gilt, eine Bleibeperspektive in Deutschland zu ermöglichen?*
9. *Hat es tatsächlich keine anderen Möglichkeiten für ein Bleiberecht der Familie in Deutschland gegeben, sodass eine Abschiebung einer Familie mit kleinen Kindern in ein polnisches Flüchtlingscamp zwingend erforderlich war, auch vor dem Hintergrund, dass im grün-schwarzen Koalitionsvertrag geregelt ist, dass in humanitären Einzelfällen alle rechtsstaatlichen Instrumente ausgeschöpft werden und zwar insbesondere bei Familien?*

Zu 8. bis 9.:

Da es sich um einen sogenannten Dublin-Fall handelt, liegt die Zuständigkeit beim BAMF. Insoweit wird auf die einführenden Erläuterungen in Frage 1 verwiesen.

Gentges

Ministerin der Justiz
und für Migration